

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

14.12.1932 (No. 293)

nommenes Darlehen abzutragen. In England weiß man ganz genau, daß der Weltmarkt auf diesem Grund- satz von Treu und Glauben beruht. Und deshalb hat die öffentliche Meinung in England, wenn auch gewiß schweren Herzens, die Politik des Londoner Kabinetts verstanden und gebilligt. Und auch die bequeme Aus- flucht, man könne, wenn Amerika auf den Zahlungen beharrt, zur Nichtratifikation des Lausanner Vertrags greifen und das Reparationsproblem wieder aufröhlen, ist ausdrücklich vom britischen Premierminister Macdo- nald ein- für allemal abgelehnt worden.

Man kann sich denken, welche einen Eindruck der Sturz Herriots und die Zahlungsverweigerung der Kammer in Amerika hervorrufen wird. Franklin Roosevelt wird dadurch in seiner Absicht, einen vollkommenen Wandel der amerikanischen Politik einzuleiten, nur noch bestärkt werden. Dieser Wandel wird, wie es heißt, darin be- stehen, daß Amerika sich in großzügiger Weise mit Ja- pan über die fernöstlichen Probleme einigt, um so die Hand frei zu bekommen gegen Westeuropa, das heißt also gegen Frankreich. Schon heute wird davon ge- sprochen, daß in nächster Zeit das Gros der ameri- kanischen Kriegesflotte nicht mehr in den Gewässern der Philippinen, sondern im Atlantik konzentriert werden soll. Bisher sah sich Amerika diplomatisch in der Zwi- schenwelt zwischen Japan und Frankreich. Dieser Zustand soll und wird beendet werden.

Und die öffentliche Meinung in Amerika wird einer solchen Politik zweifellos gerne zustimmen; denn auch der einfachste Bürger dort drüben, hat nunmehr er- kannt, daß Amerika in der Stunde der eigenen wirt- schaftlichen und finanziellen Not in Frankreich keinen Freund, sondern einen durchaus verständnislosen Gegner zu erblicken hat.

Die öffentlichen Lasten im Ausland

Es verdient gerade gegenwärtig besonders unterstrichen zu werden, daß eine Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität, die allein die Voraussetzung für eine nachhaltige Konjunkturbelebung schaffen kann, nur dann möglich ist, wenn die Wirtschaft vom schwersten Druck der überhöhten öffent- lichen Belastung befreit wird. Das gilt ganz besonders für Deutschland; aber auch in den Vereinigten Staaten und Eng- land setzt sich die Kritik an dem Ausmaß der steuerlichen Be- lastung immer stärker durch.

Die englische Zeitschrift „Bank's Review“ betonte erst kürz- lich wieder, daß Privatpersonen versuchen müßten, ihre Aus- gaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, während die englische Regierung trotz der Tatsache, daß das Einkom- men der Nation erheblich gesunken sei, ihre Ausgaben im alten Stile fortsetze. Über ein Drittel des Nationaleinkom- mens würde von den Steuern aufgezehrt.

Die Existenz lebenswichtiger Industrien, wie der Eisen- und Stahlindustrie, des Baugewerks, der Maschinenin- dustrie, beruht auf der Beschaffung des notwendigen kapi- talistischen Nützigen der Nation. Wenn aber nicht ge- nügend Ersparnisse vorhanden sind, so müssen gerade diese Industriezweige verkümmern. Dieses Argument führt zu der Folgerung, daß unsere Regierung einen Leber- samen Antriebs zur Wiederbelebung geben kann, wenn sie die Ausgaben einschränkt und dadurch die Steuerlasten vermindert.

Nicht weniger eindringlich fordert auch die amerikanische Wirtschaft, obwohl sie vergleichsweise erheblich geringer mit Steuern und Sozialabgaben belastet ist als die deutsche, und obwohl das amerikanische Volkseinkommen die deutsche Ver- gleichsziffer um etwa das Vierfache übersteigt, eine Herab- setzung der öffentlichen Verwaltungskosten. „The Iron Age“ machte kürzlich folgende beachtenswerte Feststellungen:

Im Jahre 1918 betragen die Verwaltungskosten der Bundes-, Staats- und Gemeindeverwaltungen 8 Proz. des Nationaleinkommens; im Jahre 1924 erhöhten sie sich auf 11,5 und im Jahre 1928 auf 14 Proz. Im Jahre 1930, in dem die Gesamtsteuern auf 13,5 und das ge- samte Volkseinkommen auf 71 Milliarden Dollar geschätzt wurden, machten die Verwaltungskosten 19 Proz. aus; im Jahre 1931 sank das Nationaleinkommen auf 55 Milliar- den Dollar, während die Steuern mehr als 14 Milliarden Dollar betragen. So wurde also im vergangenen Jahr jeder vierte Dollar, den das amerikanische Volk an Löh- nen, Gehältern und Anlageverzinsung erhält, für Steuer- zwecke beansprucht. Da im Jahre 1932 das Einkommen noch weiter zurückging, ist mit einem Steigen der Ver- waltungskosten auf mehr als 25 Proz. des Nationalein- kommens zu rechnen.

Von 1890—1930 verdoppelte sich nach weiteren Feststellun- gen die amerikanische Bevölkerung, während sich die Verwal- tungskosten verdreifacht haben. Da das amerikanische Volkseinkommen in diesem Zeitraum nur auf das Sechsfache stieg, ergibt sich auch für die Vereinigten Staaten eine immer stärker fühlbar werdende Belastung durch die öffentliche Hand.

Bei dem Einbringling in Haus Doorn handelt es sich um den wahrscheinlich geistesgestörten Heinrich Fueder aus Neuf. Er ist bereits an die deutsche Grenze abgehoben worden. Er wurde in das Amtsgerichtsgefängnis Emmrich eingeliefert. Fueder ist der ungeratene Sohn einer achtbaren Familie. Ein Drittel seines Lebens hat der jetzt Zweieunddreißjährige hinter Zuchthausmauern zugebracht. 1923 wurde er u. a. wegen Verübung von Eisenbahnwagen zu 9 Jahren Zuchthaus verurteilt. Fueder hatte vor einiger Zeit einen Brief aus Haus Doorn erhalten, offenbar die Antwort auf eine von ihm nach Haus Doorn gerichtete Anfrage.

Die Strafkammer Marburg verurteilte drei SA-Leute wegen gefährlicher Körperverletzung aus politischen Beweg- gründen zu je einem Jahr Zuchthaus unter Ablehnung von Bewährungsfrist. Sie hatten in der Nacht vom 10. Oktober 1932 einen 47jährigen Farmer so schwer beschrien, daß er bewußlos liegen blieb und drei Wochen das Bett hüten mußte.

Das Sondergericht in Gleiwitz verurteilte einen SA-Mann wegen versuchten Totschlags zu 7 Jahren Zuchthaus, einen zweiten mitangeklagten SA-Mann wegen Begünstigung zu 4 Monaten Gefängnis.

Die Polizei in München nahm 31 Kommunisten fest, die dem verbotenen Rotfrontkämpferbund angehörten.

Sie Aufhebung von Notverordnungen

Beschlüsse des Haushaltsausschusses des Reichstags

Der Haushaltsausschuss des Reichstags beschloß am Dien- stag mit 24 Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932 (Senkung der Sozialrenten usw.). Weiter wurde ein deutschnationaler Antrag angenommen, wonach die Sozialrenten der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 be- seitigt werden sollen.

Bei der Verordnung vom 8. Dezember 1931, die noch vom Kabinett Brüning stammt, handelt es sich um die einschnei- denden Maßnahmen über die Preis- und Zinsenkung, die Mietenkung, die Hauszinssteuer und ähnliche Dinge, mit denen in die Privatwirtschaft eingegriffen wurde. Die an- dere Verordnung war die erste des Kabinetts v. Papen, mit der Senkung der Sozialrenten usw., die übrigens nicht zu verwechseln ist mit der Verordnung vom 4. Sept. 1932, deren sozialpolitischer Inhalt der Reichstag, durchaus im Sinne der Regierung, aufzuheben beschloß.

Zu den Vorgängen im Haushaltsausschuss wird in politi- schen Kreisen darauf hingewiesen, daß seine Beschlüsse keine bindende Kraft haben. Die Verordnungen, mit denen er sich beschäftigt hat, bleiben unverändert in Kraft. Der vorge- schriebene Weg ist, daß die Beschlüsse des Haushaltsausschus- ses an die Vollversammlung des Reichstags gehen, der zu ihnen Stellung nehmen muß. Die Aufhebung der Verordnun- gen ist schon deshalb praktisch nicht möglich, weil, namentlich ihre wirtschaftlichen Maßnahmen, inzwischen viel zu sehr fort- geschritten sind.

Der Reichstag wird sich sicher darüber klar sein, daß die Reichsregierung die Aufhebung der Notverordnungen nicht hin- nehmen könnte. Das wäre schon deshalb nicht möglich, weil es nach ihrer Ansicht vor allem jetzt darauf ankommt, alles zu vermeiden, was die wirtschaftliche Beruhigung irgendwie beeinträchtigen könnte. Unter diesen Umständen mißt man den Beschlüssen des Haushaltsausschusses auch keine praktische Bedeutung bei.

Die Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung

RDZ, Berlin, 14. Dez. (Tel.) Der Haushaltsausschuss des Reichstags lehnte seine Beratungen über die ihm vom Plenum überwiesenen Anträge auf Aufhebung bzw. Änderung von Not- verordnungen fort. Zunächst wurde die Gruppe von Anträgen behandelt, die sich auf die Notverordnung vom 4. Sept. 1932 beziehen.

Abg. Erising-Baden (Zentr.) erklärte, als er vom Vorsitzen- den zur Begründung des vom Zentrum eingebrachten Antrags aufgefordert wurde, daß eine Begünstigung nach dem geistigen Abstammungsergebnis ja doch keinen Zweck habe; man solle nur gleich zur Abstimmung schreiten. Der Zentrumsantrag wollte unter prinzipieller Aufrechterhaltung der Notverordnung die Abschnitte gestrichen haben, die die Ausgabe von Steuer- gutscheinen auf Grund der Mehrbeschäftigung vorsehen. An Stelle dieser Bestimmungen sollten die Arbeitsbeschaffungsmaß- nahmen verbessert werden.

Ministerialdirektor Weigert widerriet im Auftrage des jetzi- gen Reichsarbeitsministers der vorzeitigen Aufhebung der Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern. Bedenken gegen die unerwünschte Anwendung der Lohnprämie auf die Konkurrenzverhältnisse haben von Anfang an bestan- den und bestehen auch jetzt. Aber nachdem die Einrichtung ge- schaffen ist und zahlreiche Unternehmer im Vertrauen darauf langfristige Aufträge angenommen und Arbeiter eingestellt haben, würde ein vorzeitiger Abbruch zu schweren Schädigungen und zur Erschütterung des Vertrauens in Maßnahmen der Regierung führen müssen.

Kurze Nachrichten

Die Einberufung der Stillhaltekonferenz. Albert G. Wig- gin, der Vorsitzende des Ausschusses für das deutsche Kredit- abkommen von 1932, kündigt nunmehr offiziell die Einberu- fung der in diesem Abkommen vorgesehenen Konferenz zur Revision des zu Ende Februar 1933 ablaufenden Kredit- abkommens auf den 30. Januar 1933 nach Berlin an.

Die Sowjetunion und China haben die normalen diploma- tischen und konsularischen Beziehungen wieder aufgenommen. Amerikanische Anleihe für China. Wie aus Tokio verlautet, haben die Vereinigten Staaten und China einen provisorischen Vertrag unterzeichnet, demzufolge China eine Anleihe von 15 Millionen amerikanischen Dollars erhalten soll. China ge- nehmigt als „Sicherheit“ den Bau bedeutender Fluglinien durch Amerika an der Ostküste der Saiman-Insel, in Ostjapan und an der Heiß- und Mündung.

„Feingut“-Sendungen bei der Post. Im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost kündigte der Reichspostminister an, daß die Post für den Massenpaketverkehr zwischen großen Orten eine gegenüber dem Postpaket etwas verbilligte Klein- gütungsendung bis zum Höchstgewicht von 7 Kilogramm einfüh- ren wolle, die die Bezeichnung „Postgut“ erhalten soll. Eine Unterbietung anderer Verkehrsunternehmungen ist nicht be- absichtigt. Der Tarif ist als Freizustarif gedacht, Zustell- gebühren werden nicht erhoben.

Kleine Chronik

Ein furchtbares Unglück ereignete sich Dienstag mittag auf dem Altstein bei Rogheim (Walg). Sechs Kinder brachen auf der 2-3 Zentimeter dicken Eisdecke ein und ertranken. Fünf Kinder, vier Mädchen und ein Junge, im Alter von 8 bis 15 Jahren, gehören der Familie des arbeitslosen Weing aus Rogheim. Das 15jährige Mädchen hatte sich ans Ufer retten können und rettete ihre dreijährige Schwester. Bei dem Versuch, den andern Kindern Hilfe zu bringen, ertrank auch sie. Das sechste ertrunkene Kind, ein Junge im Alter von etwa 8 Jahren, gehört der Familie Graber.

Bei Selsheim (Mosel) sind am Dienstag fünf Kinder, die sich auf einem zugefrorenen Tümpel an der Mosel tummel- ten, ertrunken. Einer Anzahl von Erwachsenen war es gelun- gen, fünf andere Kinder, die ebenfalls durch die Eisdecke eingebrochen waren, zu retten.

Der Mörder des Ehepaars Kück und deren Tochter ist in Litauen verhaftet worden. Die Auslieferungsverhandlungen sind bereits eingeleitet.

Im Gütisch-Tunnel bei Luzern stieß Dienstagnachmittag ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen, der die Halte- signale im Nebel überfahren hatte. Das Unglück hat sechs Todesopfer gefordert. Unter den Getöteten befindet sich der Kaufmann Simon Tuerk aus Berlin. Die Berlinerin Bod wurde verletzt. Die übrigen Opfer des Unglücks stammen aus der Schweiz.

In der persischen Hauptstadt Teheran herrscht seit einigen Monaten eine furchtbare Fodenepidemie. Von 422 Fodene- rranken sind seit dem 1. Oktober 258 Fälle tödlich verlaufen.

Der Gehaltsabbau bei den subventionierten Betrieben. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist der Abbau der hohen Gehälter bei den subventionierten Betrieben von der Reichsregierung schon sehr weit vorwärts getrieben. Die Schwierigkeit lag darin, daß man nach der Methode vorgehen mußte, genau festzustellen, welche Betriebe denn als subventioniert ange- sprochen werden können. Der Reichsfinanzminister hat dann im einzelnen mit der Leitung der in Frage gekommenen Be- triebe verhandelt und auf einen entsprechenden Abbau gedrückt.

Badischer Teil

Die Finanzlage Badens

Weiterer Rückgang der Reichssteuerüberweisungen — Etat- verschlechterung um 14 Millionen — Notwendigkeit der Er- höhung der Fleischsteuer und weiterer Ersparnisse — Trotz- dem keine Gehaltskürzung

Finanzminister Dr. Mattes gab Dienstag abend in einer Pressekonferenz Auskunft über die Finanzlage Badens, um damit den in letzter Zeit aufgetauchten falschen Gerüchten zu begegnen.

Eine neuerliche Schätzung des Reiches vom 8. November d. J., die auf Grund der Steuereinnahmen des Sommers be- ruht, bringt einen weiteren, nicht unerheblichen Rückgang der Reichssteuerüberweisungen an die Länder. Sie haben sich von 1824 Millionen (Schätzung vom 17. September) auf 1699 Mil- lionen vermindert. Der Anteil Badens, der nach dem Vor- anschlag 74 Millionen betragen sollte, beträgt nunmehr nach der Schätzung des Reiches vom 8. November 58,5 Millionen. Somit ist ein Gesamtrückgang der Zahlungen von 15,5 Mill. zu verzeichnen, von denen 4,5 Mill. zu Lasten der Gemeinden und 11 Mill. zu Lasten des Landes gehen. Gegenüber der Schätzung vom 17. September beträgt die zu erwartende Einnahmeverminderung aus Reichszahlungen zu Lasten des Landes Baden rund 4,7 Mill., davon etwa 3 Mill. zu Lasten des Landes allein. Statt 8 Mill. Mindereinnahmen ist jetzt mit einer Mindereinnahme von 11 Mill. zu rechnen. Dazu kommen Mindereinnahmen im Lande selbst, allerdings nicht bei den Steuern (die die Statanläge erreichen), wohl aber bei Gebühren und bei Wirtschaftseinnahmen. So bringen die Zustigegfälle einen ganz großen Ausfall von schätzungsweise 1,8 Mill., während die Einnahmen aus der Forstwirtschaft einen Rückgang von 1,5 Mill. aufweisen.

Aus dieser Entwicklung ergibt sich zunächst zwangsläufig, daß den überraschend starken Einnahmerückgängen mit Er- sparnissen allein nicht mehr zu begegnen ist. Auch in Baden mußte man deshalb genau wie in anderen Ländern die letz- ten Einnahmequellen ausschöpfen. Aus diesem Grunde hat die Fleischsteuer eine Erhöhung erfahren. Man rechnet mit einem Mehrertrag von 1 Million. Weitere Ersparnisse sollen erzielt werden durch die neue Umzugs- und Dienstleistungskostenordnung. (Die Sätze der letzteren wurden den Reichsständen angeglichen.)

Der Minister erklärte, daß die Finanzlage nicht gestatte, irgendwelche neue Wünsche, wie sie in der letzten Zeit aus Beamtenkreisen geäußert wurden, zu erfüllen. Nur dann, wenn wir alle neuen Ausgaben vermeiden, wird es möglich sein, so hofft der Minister, ohne weitere Gehaltskürzungen auszukommen. Auch heute wolle er zum Ausdruck bringen, daß die badische Regierung auch nicht die Absicht hat, weitere Gehaltskürzungen durchzuführen. Sie glaubt mit Erhöhungen der Einnahmen und Durchführung weiterer Ersparnisse durch- zukommen.

Baden ist gegenüber den Steuerzahlern wie gegenüber den Beamten in den Herbstmonaten schonender vorgegangen wie andere Länder. Die Erhöhung der Fleischsteuer wurde bei uns später wie dort durchgeführt. Im Gegensatz zu den anderen Ländern hat man in Baden in den Monaten Novem- ber und Dezember auch keine Verschiebung der Gehaltszah- lungstermine der Beamten vorgenommen, die anderwärts in vielen Fällen eine Gehaltskürzung von 8 Prozent bedeutet. Man hat auf die Verschiebung der Termine verzichtet, einmal mit Rücksicht auf die Beamten, weil dies im früheren Plane vorgeesehen war, und dann mit Rücksicht auf das Weihnachts- geschäft, das dadurch gestört worden wäre, wenn in diesen Monaten die Zahlungstermine weiter verschoben worden wären. Eine Vorverlegung der Gehaltszahlungstermine im Dezember, also vor Weihnachten, hätte sich andererseits als unmöglich erwiesen, wurde von dem weitaus größten Teil der Beamtenschaft auch nicht gewünscht.

Interessant ist die Entwicklung der Zahlungen des Reichs an das Land Baden im 3. und 4. Vierteljahr 1932. Es zeigt sich, daß die Einnahmen im letzten Kalendervierteljahr mit rund 15 Mill. nicht geringer sind als im dritten Viertel- jahr. Daraus darf man schließen, daß wir zu einer gewissen Stabilität der Reichssteuererinnahmen gekommen sind. Das äußert sich auch in der Kassenlage des Landes. Hätte man die Gehaltszahlungstermine verschoben, so hätte dies eine Er- sparnis von anderthalb Millionen bedeutet. Nunmehr ergibt sich aber für den Dezember ein Kreditbedarf von anderthalb Millionen.

Der Minister faßte zusammen, daß die Finanzlage nach wie vor sehr gespannt sei und wir uns irgend etwas Neues nicht leisten könnten. Wir werden uns auf absehbare Zeit weder neue Ausgaben gestatten können, noch in der Lage sein, auf irgendwelche Ersparnisse und zur Zeit noch vorhandene Ein- nahmequellen zu verzichten.

Eine Erklärung von Dr. Kraus zu seinem Austritt aus der SPD.

Bürgermeister Dr. Kraus hat seinen Austritt aus der SPD mit einer Erklärung begründet, in dem es u. a. heißt:

„Die sachlichen und persönlichen Vorgänge, die sich in den letzten Wochen um die badische Konfessionsfrage abgespielt haben, zwingen mich, aus der SPD. auszutreten. Der Inhalt des mit der katholischen Kirche abgeschlossenen Staatsvertrages war in jahrelanger Vorarbeit unter Mitwirkung hervorragender sozialdemokratischer Funktionäre so gestaltet worden, daß er den berechtigten Interessen der katholischen Kirche wie auch denen des badischen Staates loyal Rechnung trug. Kein Sozialdemokrat hätte sich irgend etwas vergeben, wenn er diesem Vertrag seine Zustimmung erteilt hätte, zumal ja auch recht wichtige staatliche Interessen auf dem Spiele standen und bezüglich der Schule nichts zugestanden wurde, was nicht bereits seit 1919 verfassungsmäßiges Recht war.“

Trotzdem habe ich es verstanden, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Baden beschlossen hat, sich der Stimme zu enthalten, um auch denen in der Partei Rechnung zu tragen, die grundsätzlich gegen den Vertrag mit der Kirche sind. Daß aber dann ein wüßtes Respektlosigkeiten gegen die Landtagsfraktion inszeniert und ein leidenschaftliches Bild der Konfessionsprophete entworfen wurde, daß ein außerordentlicher Parteitag die Abgeordneten durch Fraktions- und Gewissenszwang zur Ablehnung zwingen mußte, obwohl man wußte, daß in diesem Stadium die Ablehnung eine Regierung- und Staatskrise bedeutete, das sind Dinge, die ich als verantwortungsbewußter Politiker einfach nicht länger mitmachen kann. In derartigen kirchlichen, religiösen und politischen Fragen kann und darf es bei gebildeten Menschen und in einer Partei, die die Freiheit auf ihre Fahne schreibt, nur eine gegenseitige, wohlwollende und humane Toleranz geben. Es hat keine das Recht, dem anderen in derartigen geistigen Grundfragen des Lebens seinen Standpunkt aufzuzwingen und zum Kulturkampf gegen Andersdenkende aufzufordern ist gegenwärtig der denkbar ungünstigste Zeitpunkt. Weil ich in achtjähriger, schwieriger und verantwortungsvoller Arbeit gelernt habe, sachliche und soziale Arbeit zu leisten, deshalb ist mir eine derartige reine Parteipolitik und Parteilagitation in ernsten Lebensfragen und der Geist parteipolitischer Anfeindung und Unabwägbarkeit und staatspolitischer Verantwortungslosigkeit in tiefer Seele unzulässig.“

Soweit die Erklärung von Dr. Kraus den Anlaß zu seinem Austritt nennt, werden auch die Mängel Verhältnisse eine Rolle mitgespielt haben, da die SPD. in letzter Zeit besonders heftig sich gegen die von Dr. Kraus als nötig erachtete Verwaltungs- und Befolungsreform gewandt hat. Dr. Kraus bleibt Bürgermeister in Mainz, da sein Amt ihm nicht von der Partei übertragen wurde, sondern die Bürgermeisterwahl vom gesamten Stadtrat erfolgt ist.

Tagungen

Vom Verband Süddeutscher Industrieller. In Anwesenheit von Regierungsvertretern fand in Karlsruhe die 20. Mitgliederversammlung des Bezirksvereins Karlsruhe des Verbandes Süddeutscher Industrieller statt. An Stelle des verstorbenen Kommerzienrats Karl Röniger wurde Fabrikant Fritz Wolf in Firma Wolf & Sohn zum ersten Vorsitzenden gewählt. Das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Verbandes, Dr. Mied, Mannheim, sprach „Über wirtschaftliche Tagesfragen“. Er wandte sich gegen die zentralistischen Tendenzen in Gesetzgebung, Verwaltung und Wirtschaft, forderte größere finanzielle Selbständigkeit der Länder und Gemeinden und weitgehende steuerliche Entlastung für Industrie und Wirtschaft. Dr. Mied trat nachdrücklich für die Beibehaltung und Fortführung des Rappenjahren Wirtschaftsprogramms ein. Er behandelte ferner die Finanzierungsverhältnisse für die badische Wirtschaft, verlangte Dezentralisation der Devisenbewirtschaftung, machte schließlich Ausführungen zur Handelspolitik, wobei er sich für das Prinzip der Weisheitsbegünstigung einsetzte, und schloß mit einer Stellungnahme gegen den Staatssozialismus.

Im Bezirksverein für Jugendhilfe, Gerichtshilfe und Gefangenensorge, Karlsruhe, ergriffte der Vorsitzende, Regierungsrat Dr. Winger, den Jahresbericht, der der Öffentlichkeit im wesentlichen schon bekannt ist. Die Versammlung befaßte sich sodann mit den anlässlich der Heidelberger Jubiläumstagung am 24. Mai 1932 beschlossenen Satzungsänderungen und den Richtlinien für die Tätigkeit der Bezirksvereine. Ferner mit einer vom Deutschen Reichsverband für Gerichtshilfe, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge zur Weiterleitung an die zuständigen Behörden in Aussicht genommenen „Bringenden Bitte, die Arbeiten der Reichsreform des Strafrechts weiter zu betreiben, in jedem Fall aber dafür Sorge zu tragen, daß die strafrechtliche Behandlung der Berufs- und Gewohnheitsverbrecher durch eine alsbaldige gesonderte Gesetzgebung geregelt wird“. Diesem Wunsch des Reichsverbandes wurde einhellig beigestimmt. In organisatorischer Beziehung wurde beschlossen, das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden für die zwei nächsten Jahre Caritasrektor Steiner zu übertragen. Eine Erweiterung des Ausschusses, der sich aus den der Gefangenensorge zusammengefügten freien Vereinigungen und Behörden zusammensetzt, durch Einbeziehung der nationalsozialistischen Wohlfahrtsorganisation wurde für begrüßenswert gehalten, wenn bei dieser Organisation Interesse an der Mitarbeit bestehe. Zum feierlichen Abschluß des Jubiläumstages der badischen Gefangenensorge wurden die verdienstvollen Veteranen der Gefangenensorge und der Gefängnisarbeit, Frau Maria Matheis, Vorsitzende des Kath. Fürsorgevereins für Frauen, Mädchen und Kinder, und der über drei Jahrzehnte als Gefängnisgefängnisleiter und im Verein tätig gewesene Kirchenrat Kohde zu Ehrenmitgliedern ernannt.

Tagung der badischen Tierärzte. In Gegenwart von Vertretern des Ministeriums des Innern hielt der Verein badischer Tierärzte e. V. in Karlsruhe seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab. Der Verein zählt 186 Mitglieder. Schlachthofdirektor Dr. Martin, Pforzheim, gab als Vorsitzender einen kurzen Überblick über die rege Vereinstätigkeit und gedachte dankbar des verdienstvollen Wirkens der in den Ruhestand getretenen Oberregierungsrat Dr. Fehsenmeier und Prof. Dr. Schlegel, bisher Direktor des Tierhygienischen Instituts in Freiburg. Man ist dabei, wieder einen vom Deutschen Veterinär in Karlsruhe veranstalteten Fortbildungskurs durchzuführen. — Nach Erledigung der Regularien hielt Prof. Dr. Jwid vom Tierärztlichen Institut der Universität Gießen einen Lichtbildvortrag über Aufzuchtserkrankungen und infektiöse Erkrankungen. Der bisherige Vorstand wurde aufs neue bestätigt und als nächster Tagungsort wiederum Karlsruhe bestimmt.

Aus der badischen Industrie

Betriebsbeschränkungen. Die Seidenweberei A. Brunner & Co. in Waldshut hat sich genötigt gesehen, auf Ende Dezember die Stilllegung des Betriebs zu beantragen. Die Hälfte der Belegschaft wurde bereits am letzten Samstag auf den 24. Dezember entlassen, die übrigen sollen die Kündigung in 14 Tagen erhalten. Die Firma ist infolge Geldschwierigkeiten zu dieser Maßnahme gezwungen worden, genügende Aufträge zur Fortführung des Betriebs liegen noch vor. Finanzierungsverhandlungen mit der Stadt Waldshut stehen noch bevor.

Gemeinderundschau

Die Verbreiterung der Redaralanalbau AG. schließt sich schnell vorwärts. Gegenwärtig wird die Straße zwischen Schlierbach und Redaragmünd in Angriff genommen. An der Redarseite entzieht ein anderthalb Meter breiter Gehweg. Am weitesten fortgeschritten sind die Arbeiten bei Eberbach. Betsch sind die Verbreiterungsanlagen sehr schwierig durchzuführen, besonders in den Dörfern, wo Betonmauern und Betonstützen häufig notwendig sind. Durch die Straßenarbeiten war es möglich, eine größere Zahl von Arbeitslosen Beschäftigung zu geben.

Ein Schloß wird Schulhaus. Die Redaralanalbau AG. kaufte diesen Sommer das Schloß der Freiherren von Gemmingen in Redarzimmern, der inzwischen auf die umgebende Burg Hornberg umgezogen ist. In den Räumen des Schlosses sollen die Büros der AG. untergebracht werden. Nun erwies sich die großen Zimmer des Schlosses als völlig ungeeignet und die Gemeinde tauschte mit der Redaralanalbau AG. und gab als Kaufobjekt das jetzige Mat- und Schulhaus, außerdem noch etliche tausend Reichsmark. In dem jetzigen Schloß werden zur Zeit zwei Schulhöfe, das Redarzimmer, das Grundbuchamt sowie die Lehrerwohnung eingebaut.

Der Bürgerausschuß Sennfeld genehmigte den Voranschlag für 1932/33. Der ungedeckte Aufwand in Höhe von 11 044 Reichsmark ist durch folgende Gemeindefeuern aufzubringen: vom Grundvermögen 65 Pf je 100 M Steuerkapital, vom Betriebsvermögen 25 Pf je 100 M Steuerkapital, vom Gewerbevermögen 469 Pf je 100 M Ertrag. Ferner wurde der Einführung einer allgemeinen Wertzuwachssteuer ab 1. Januar 1933 zugestimmt.

Siebenfache Bürgersteuer bleibt in Ladenburg. Die Beschlüsse des Gemeinderates gegen die Anordnung des Bezirksamtes Mannheim wegen Erhebung der Bürgersteuer ab 1. Januar 1933 in Höhe des siebenfachen Landesfußes wurde vom Staatsministerium des Innern abgewiesen, so daß die Bürgersteuer 1933 in siebenfacher Höhe zu erheben ist.

Fortführung der Dos-Korrektion. Mit einem Aufwand von 70 000 M soll in diesem Winter in Baden-Baden im Rahmen der Dos-Korrektion die Regulierung des Sandbachkanals und des Galgenbaches durchgeführt werden. Das bedeutet 26 Wochen Arbeit für 46 Arbeitslose.

Aus der Landeshauptstadt

Die Rundfunkrede des Reichskanzlers. Reichskanzler von Schleicher wird seine angekündigte Rede im Rundfunk Donnerstag 19 Uhr halten. Die Rede wird voraussichtlich eine Stunde in Anspruch nehmen.

Die 3. 100-M.-Prämie der Winterhilfe-Lotterie. Bei der unter amtlicher Aufsicht erfolgten Ziehung der Prämie aus der 3. Serie der Karlsruher Winterhilfe-Lotterie fiel der Gewinn auf die Losnummer 52 517. Es wird nochmals zur Abholung des ersten und zweiten Prämienbetrags über je 100 M. aufgerufen, die auf die Losnummern 5896 und 25 419 gefallen sind.

Winterkurse des Bildungsausschusses der Karlsruher Notgemeinschaft. Das Programm der vom Ausschuss für Bildungsmaßnahmen der Karlsruher Notgemeinschaft in diesem Winter veranstalteten Kurse ist jetzt erschienen. Es kann beim Arbeitsamt, beim Fürsorgeamt oder bei allen Verteilungsstellen der Karlsruher Notgemeinschaft (Arbeiterwohlfahrt, Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz, Caritas-Verband, Evangelischer Jugend- und Wohlfahrtsdienst, Deutscher Karitätlicher Wohlfahrtsverband, Jüdischer Wohlfahrtsbund, Nationalsozialistischer Wohlfahrtsdienst) eingesehen werden. Die Kurse begannen am Montag, den 12. Dez. 1932; einzelne Kurse haben vorher schon begonnen. Das Programm ist in diesem Winter etwas eingeschränkt worden, es umfasst: Deutsch und Literatur (Herr Hauptlehrer Sellinger), Französisch für Anfänger und Fortgeschrittene (Herrn Studienassessor Dr. Pflüger, Hauptlehrer Schwarz, Professor Dr. Hofmann, Professor Gallion), Englisch für Anfänger und Fortgeschrittene (Fräulein Dr. Heß und Herr Klein), Kunstgeschichte (Herr Zeichenlehrer Berger), Mathematik (Herr Privatdozent Dr. Motter), Gynastik für Damen (Fräulein Katin), Theatergruppe (Herr Amerbacher). Ein Kochkurs (Fräulein Stahl). Ferner können auch noch Teilnehmerinnen zu Nähkursen aufgenommen werden. Sämtliche Kursleiter geben den Unterricht ehrenamtlich, ohne jede Vergütung. In den fremdsprachlichen Anfängerkursen können nur Interessenten mit Vorkenntnissen zugelassen werden. Anmeldungen zu sämtlichen Kursen beim Arbeitsamt oder bei den beiden Geschäftsstellen des Bildungsausschusses, Erbprinzenstraße 5, Jugendpfleger Erb (Herrn- und Allgemeinurse), Karl-Wilhelm-Str. 1, Fürsorgeamt Schwörer (Kurse für Damen).

Kommunistische Demonstrationsversuche. Der Polizeibericht meldet: Entsprechend einer zentralen Parteianweisung versuchten im Laufe des gestrigen Abends kleinere Gruppen kommunistischer Erwerbsloser im Stadtinnern einige Sprechhöre zu bilden. Sie wurden im Entstehen verhindert. Dabei wurden einige Hauptbeteiligte festgenommen.

Wegen Raufhändeln ohne Licht bei Dunkelheit wurden in den letzten Tagen zahlreiche Personen angezeigt.

Colosseumtheater. Allerbestens in Form sind noch immer die beiden rheinischen Komiker Carl Schmitz und Josef Weisweiler, deren nun schon länger als ein Monat währendes Gastspiel ununterbrochen mit diesem Wochenende aufhört. Mit Bedauern werden das gemäß sehr viele Besucher vernehmen, zumal, nachdem auch ihre letzte Gabe wieder wahre Luststürme entfesselt und in der Tat pikant auf die besonderen Fähigkeiten dieser zwei unverwundlichen Späzschlager zugeschnitten ist. Eigentlich ist es sogar ein Doppelschlager, mit dem das Kölner Ensemble bis zum Spielschluss noch mächtig erheitert, und wenn auch der zuerst gebrachte Schwank „Die beiden Himmelmann“ mehr einem übermäßig heruntergepielten Sektisch gleicht, so wirkt er doch in seiner pointierten Situationskomik höchst amüsan. Zwar ist in der nachfolgenden Militärburleske „Herbstmanöver“ noch weniger eine originelle Idee, die festeln könnte, doch hier folgt allein schon der Name des Autors Carl Schmitz, der zugleich Regie führt und die Hauptrolle des Purzigen Toni Krummstiebel münzt, für den nötigen Niesenerfolg. Zusammen übrigens mit anderen Mitwirkenden, die mit sehr eingetübtem Eifer bei der Sache sind und die insgesamt zu loben, nochmals eine selbstverständliche Pflicht. Denn alle sind richtig gelernt und in ihrem besonderen Fach recht tüchtige Schauspieler, von Witta Weisweiler und Maria Schmitz angefangen, und über die begabte Olla Sabat herunter, bis zu Otto Ernst Steinbrecher sowie Hans Knyff. Beiläufig bemerkt: Wo gibt es noch in deutschen Landen ein ähnlich familienbelastetes Ensemble, das so bejahend sich der leichteren Muse verpflichtet fühlt und stets bei seinem Auftreten für einen zur Fröhenlichkeit stark ermunternden Abschluß sorgt? Schon dieserhalb sollte niemand die günstige Gelegenheit feiner nimmere leicht angekündigten diesjährigen Gastspielabende verpassen.

Das Badische Landestheater und Friedrich Horster. Friedrich Horster, der Dichter des Schillerdramas „Der Graue“ und des jüngst hier erstausgeführten Stückes „Robinson soll nicht sterben“, richtete an die Intendanz unseres Landestheaters ein Schreiben, worin er seiner herzlichen Freude über die ausgezeichnete Aufnahme Ausdruck gibt, die, wie schon im vorigen Jahre „Der Graue“, so wiederum jetzt seine Robinsoniade in Karlsruhe gefunden hat, und worin er in besonders schmeichelhafter Weise der erfolgreichen Bemühung der Regie und aller Darsteller gedenkt, der er in erster Linie die starke und nachhaltige Publikumswirkung der in jeder Beziehung vorbildlichen Wiedergabe seines Stückes zu danken habe.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Mittwoch morgen: Im Gebirge steigerte sich die Erwärmung gestern bis zu 12 Grad über Null. Tiefe Lagen hatten leichte Nachfröste, denen in den Morgenstunden starke Nebelbildung folgte, da inzwischen feuchtere und auch etwas mildere Luft nach Südwestdeutschland gelangt ist. Die allgemeine Wetterlage stellt sich nun immer mehr auf die Zufuhr ozeanischer Luft um, so daß die mehrtägige Periode der troden kalten Nordostwinde ihr Ende gefunden hat. Voraussage: In tiefen Lagen bereinigt noch Nachfröste, aber verbreitete Morgennebel, am Tage zeitweise aufheiternd, auf dem Hochschwarzwald leichter Temperaturrückgang.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Gutenbach a. R., 14. Dez. Seit einigen Wochen herrscht an der Staustufe reges Leben. Zum Auffüllen der Redarminen wurde eine Notbrücke über den Redar gebaut, um die abgebaute Erde auf der Binauer Seite hinübertransportieren zu können. Zur Zeit arbeiten etwa 120 Mann an der Staustufe. Im kommenden Frühjahr wird der Vollbetrieb einsetzen.

W.D. Pforzheim, 13. Dez. Am Dienstagabend wurde der 52 Jahre alte Bahnhofsportier Karl Lichtenberger bei der Ausfahrt des Arbeiterpersonenzuges nach Mühlrad von der Maschine erfasst, zu Boden geschleudert und überfahren, wobei ihm die Rippen über den Leib gingen. Lichtenberger wurde auf der Stelle getötet.

Hd. Freiburg i. Br., 13. Dez. Auf der Schaninslandbahn wurde den ganzen Dienstag über ein reger Probebetrieb vor Vertretern der Karlsruher Aufsichtsbehörde durchgeführt. Die Probefahrten sind, wie wir hören, vollkommen reibungslos und in jeder Hinsicht zufriedenstellend verlaufen.

Hd. Freiburg, 13. Dez. Wie wir auf Anfrage bei der Staatsanwaltschaft erfahren, ist die umfangreiche Anklageschrift gegen den Betrüger Gummel alias Oskar Daubmann nunmehr fertiggestellt. Gummel wird sich wegen schweren Betrugs und erschwerter Urkundenfälschung zu verantworten haben. Die Verhandlung selbst wird jedoch erst Anfang Januar, wahrscheinlich vor der Großen Strafkammer, stattfinden.

Hd. Gengenbach, 13. Dez. Der älteste badische Förster und zugleich der älteste Einwohner unserer Stadt ist in Wilhelm Maier, der das 90. Lebensjahr erreichte, gestorben. Im Jahre 1874 begann er seine Försterlaufbahn und trat 1908 in den Ruhestand.

Hd. Freiamt (Breisgau), 14. Dez. Das Christbaumgeschäft ist hier in vollem Gange. Starke Nachfrage besteht namentlich auch in der benachbarten Schweiz, wohin dieser Tage 4000 Bäume abgegangen sind.

Hd. Gfshweiler (bei Neustadt), 14. Dez. Auf der hiesigen Gemarlung hat man in den Buntfandteinbrüchen beim Elektrizitätswerk Stallegg an der Wutach sogenannte Karneolsteine gefunden, die in der Pforzheimer Edelsteinindustrie zur Herstellung von roten Siegelringen verwendet werden. Der einheimischen Bevölkerung dürfte damit eine neue Erwerbsmöglichkeit geschaffen werden.

Aus der Uhrenindustrie. Die dem Wirtschaftsverband der Deutschen Uhrenindustrie angehörenden Reparaturfabriken haben sich verpflichtet, ihre mit Fabrikmarke gekennzeichneten Erzeugnisse nur an die Uhrenfachgeschäfte und nicht an Warenhäuser, Versandgeschäfte, Bazare usw. zu liefern.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Antlich)

	14. Dezember		13. Dezember	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	169.28	169.62	169.23	169.57
Kopenhagen 100 Kr.	71.43	71.57	70.93	71.02
Italien . . . 100 L.	21.53	21.57	21.55	21.59
London . . . 1 Pf.	13.80	13.84	13.69	13.73
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.43	16.47	16.43	16.47
Schwiz . . . 100 Fr.	80.92	81.08	80.92	81.08
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Brao . . . 100 Kr.	1.465	1.485	1.465	1.485

Staatsanzeiger

Der Deutschen Lotterie-Emissions-Gesellschaft m. b. H. in Berlin wurde die Erlaubnis zum Losbetrieb (Köln-Dombau-Gelb-Lotterie) in Baden erteilt. Karlsruhe, den 8. Dezember 1932. Der Minister des Innern.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 15. Dez. 1932
* D 12 (Donnerstagsmiete)
Th.-Gem. III. S.-Gr.
2. Hälfte und 1501-1550

Ballet-Abend

Scherzrazade und Tänze in hunder Folge
Regie: Dvorak
Dirigent: Ebbecke
Scherzrazade
Tanzpantomime von Rimsky-Korsakoff
Mitwirkende:
Dahlinger, Dingler, Fischer, Hoffmann, Kap, Kublmann,

Schulze, Silberborth, Widmann, Dvorak, Hopsch
1. Polka - 2. Kleiner Walzer - 3. Arabeske - 4. Holzmannchen - 5. Deutsche Tänze - 6. Scherzo - 7. Boloweser Tänze aus „Rüst Zaor“
Mitwirkende:
Das Ballett, die Kinderballettschule
Anfang 20 Ende 22
Preise C (0,80-4,50 RM)
Fr. 16. 12. Der Mann mit den grauen Schläfen. Ca. 17. 12. Nachm.: Stöpsel bummelt durch die Welt. Abends: Zum erstenmal: Die endlose Straße. So. 18. 12. Nachmittags: Stöpsel bummelt durch die Welt. Abends: Cavalleria rusticana. Hierauf: Der Wajazzo. Im Konzerthaus: Kritik-Preis.

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 50

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 293

14. Dezember 1932

Bauliche Sanierung der Mannheimer Altstadt

Zu diesem Thema macht Bürgermeister Büchner in Mannheim in der „Baugilde“ (abgedruckt in der „N.N.“ vom 8. September 1932 Nr. 457) ebenso interessante wie kühne Vorschläge, die auch außerhalb der Stadt Mannheim Beachtung verdienen, weil in einer Reihe weiterer Städte von Baden ähnliche Verhältnisse vorliegen. Es sei nur an die Altstadtgebiete von Heidelberg, Pforzheim, Karlsruhe (Dörfle), Freiburg i. Br. und andere Quartiere alter und ältester Art in kleineren Städten hingewiesen. Überall zeigt sich als eine der vielen nachteiligen Erscheinungen der Nachkriegszeit, daß die Entwertung der Altstadtgrundstücke erschreckend weiterschreitet und der Wohnraum allmählich unermittbar wird. Die Zeit für die Sanierung der Altstädte wird also in einigen Jahren gekommen sein.

Büchner unterscheidet in seinen Ausführungen zwischen den vom Verkehr dringend geforderten Straßenerweiterungen, Verlegungen und Durchbrüchen, die eine reine Aufgabe der Stadtverwaltung sind und im bisherigen Recht (Ortsstrafengesetz) eine genügende Grundlage haben, und der Sanierung ganzer Altstadtgebiete, die nur unter Zusammenwirken der Städte mit den Grundeigentümern ermöglicht werden könnte und bisher öffentlich-rechtlich nirgends geregelt ist. Wohl haben große Brände in Lößelau, Donaueschingen und anderen Orten schon Anlaß zur teilweisen oder völligen Neuerteilung der Baugrundstücke in den zerstörten Ortsteilen gegeben, dagegen sind derartig schwere Eingriffe in das Privatrecht, wie sie die planmäßige Sanierung ganzer Altstadtgebiete mit sich bringen müßten, in Baden bisher noch nicht unternommen worden. Ob die schon über ein Jahrzehnt in Aussicht genommene reichsgesetzliche Regelung des gesamten Siedlungswezens in Stadt und Land in einem Wohnsiedlungsgesetz, Städtebaugesetz, Baulandgesetz oder wie es sonst heißen mag, in absehbarer Zeit verwirklicht wird, erscheint immer fraglicher, jedenfalls müßte der Büchnersche Vorschlag vor allem dahin untersucht werden, ob und wie er in Baden eine gesetzliche Grundlage erlangen könnte, ohne mit den Grundbesitzern über den Schutz des Grundeigentums in der Reichsverfassung in Widerspruch zu geraten. Daß der Besitzer eines das Leben oder die Gesundheit der Menschen gefährdenden baufälligen Gebäudes zum Abbruch gezwungen werden kann, unter Umständen sogar ohne Entschädigung, ist Rechtens; daß aber, wo solche öffentlichen Interessen nicht weiter berührt sind, eine widerstrebende Minderheit von Grund- und Hausbesitzern eines Altstadtgebietes zum gezwungen werden können, nicht nur ihre Gebäude niederzuliegen, sondern sich auch an Neubauten nach einem allgemeinen Bauprogramm zu beteiligen und mit Hypotheken zu belasten, entbehrt vorerst jeder rechtlichen Grundlage, von den praktischen Schwierigkeiten ganz abgesehen.

Zunächst untersucht Büchner an einem Mannheimer Einzelbeispiel eingehend die Verhältnisse bezüglich des Flächeninhalts des ganzen sog. Quadrats, der Einzelgrundstücke, der vorhandenen Hofflächen zur überbauten Fläche, des ungebauten Raumes und berechnet im Anschluß hieran die Flächen und Räume, die nach der Mannheimer Bauordnung zulässig überbaut und umbaut werden könnten. Dabei wird mit Recht betont, daß trotz erheblicher Vermehrung der unüberbauten Hof- und Gartenflächen der zulässig umbaute Raum um etwa rund 60 Prozent größer sein könnte, weil ja viele kleine Altstadtgebäude nur 1-2geschoßig sind. Unter Berücksichtigung des Wegfalls der Gebäudesondersteuer gelangt die Untersuchung zu dem Ergebnis, daß nach Abbruch der alten Gebäude für den nackten Boden ein Preis in Rechnung gestellt

werden müßte, der, wenigstens in dem angezogenen Beispiel, gegenüber den Bodenpreisen in neu erschlossenem Bauland entmutigend hoch erscheint. Dennoch glaubt Büchner die Möglichkeit einer erheblich besseren Ausnutzung des Bodens gegeben, weil es sich dabei auch um künftig gewerblich besser ausgenützte Räume handelt.

Sichtlich der Ausführung solcher Unternehmungen schwebt Büchner das badische Feldbereinigungsgesetz als Vorbild vor und nicht etwa, was doch näher läge, das Ortsstrafengesetz mit der darin eingegliederten Bauplanumlegung. Man wird das durchaus billigen, denn das badische Baulandumlegungsverfahren mit seinem schwerfälligen und denkbar verwickelten Instanzenzug und dem Mangel eines unabhängigen Vollzugsausschusses, der allein geeignet wäre, die Interessen von Gemeinden und Grundeigentümern gleichmäßig zu wahren, empfiehlt sich ganz gewiß nicht für ein Gesetz zur baulichen Sanierung von Altstadtgebieten. Gerade der Umstand, daß das badische Ortsstrafengesetz die Gemeinde ganz ausschließlich zum Träger gemacht und ihr ein Übergewicht verschafft hat, mit dem sie eigentlich alles in ihrem Sinne durchsetzen kann, weil sie ja Vollzugsorgan und Eigentümer, Richter und Partei in Einem ist, läßt das Umlegungsgesetz am wenigsten geeignet erscheinen, eine Gesetzgebung auszufüllen. Es ist daher verständlich, wenn Büchner lieber das Feldbereinigungsgesetz als Muster anführt, obwohl das ein ganz anders geartetes, dem Gemeinwohl dienendes Kulturunternehmen darstellt. Die badische Feldbereinigung ist seit 1856 gesetzlich auf Vollzugskommissionen (jetzt Ausschüsse) gestellt und die Abstimmung der Beteiligten leitet zweckmäßigerweise das Unternehmen ein, unbeschadet der späteren Einzelverhandlungen und des Beschwerderechts, während die badische Bauplanumlegung, statt die Abstimmung auf Grund eines Entwurfs mit der Einleitung des Unternehmens zu verflechten, dessen Vollzug damit gesichert wäre, sie erst am Schlusse aller Verhandlungen und nur auf Grund eines in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Wertes zuläßt, so daß trotz aller aufgewandten Mühen und Kosten eine Zufallsmehrheit alles über den Haufen werfen kann in einem Augenblick, wo Neubauten schon vorbereitet oder gar begonnen sind. Es müßte deshalb vor allem danach gestrebt werden, daß die Grundbesitzer der neueren Gesetze zur Baulandumlegung in Bayern und Württemberg, die die geschilderten Fehler vermeiden, auch in das badische Gesetz zur baulichen Sanierung von Altstadtgebieten übergeben. Am übrigen ist man sich in Fachkreisen längst klar, daß Neueinteilungen in Altstadtgebieten, sei es im Zusammenhang, sei es ohne Zusammenhang mit Straßendurchbrüchen, denen nicht ein Zusammenkauf der Grundstücke durch die Gemeinde oder einem sonstigen Unternehmer vorausgeht, ungeheure und jedenfalls ganz andere Schwierigkeiten böten, als etwa Feldbereinigungen und Bauplanumlegungen. Ich erinnere nur an die Frage der Behandlung sehr schmaler und kleiner Altstadtgrundstücke von kaum 50 bis 100 Quadratmeter, die ohne Mehrzweckung nicht zu neuen Baugrundstücken ausgebildet werden könnten. Bei der Bauplanumlegung, wo der Eigentümer nicht immer auch der künftige Bauherr ist, müssen Kleinstücke, die nicht arrondiert oder sonst mit anderen Stücken zusammengelegt werden können, gegen Entschädigung nach den Grundregeln des Enteignungsgesetzes an die Gemeinde abgetreten und von Letzterer zur Aufteilung in die Maße eingeworfen werden. Um wie vieles schwieriger wird aber diese Frage, wenn es sich um das Ausschneiden kleiner Häuser, die aber zusammen mit Geschäftsräumen ihrem Besitzer immerhin eine Existenz gewähren, handelt! Dieses Problem hat Büchner, ob mit Absicht, sei dahingestellt, einseitig ganz unberührt gelassen, von seiner Lösung hängt aber alles ab.

Die Frage der Finanzierung zu untersuchen, ist mehr Sache des Städtebauers und des Architekten im Verein mit Verwaltungsbeamten; auf diese Frage soll deshalb hier nicht weiter eingegangen werden. So schwierige Probleme in unserer Zeit zu lösen, bedarf es erst langwieriger Vorarbeiten und Untersuchungen, da das Mannheimer Beispiel hiezu nicht ausreicht. Immerhin verdient der Büchnersche Vorschlag ein Nähertrreten ohne Vorurteil, aber auch ohne übertriebene Hoffnungen.

Fries, Vermessungsstat.

Das badische Heimat-Jahrbuch

Bei den Plänen und Gesprächen über Reichsreform und Länderrechte wird oft übersehen, daß schon von Natur jedes deutsche Land seine Eigenart in Landschaft und in Volkstum hat, die niemals zerstört werden können. Es ist deshalb erfreulich, daß uns alle Jahre der *Effhart* wieder die Art und Kunst unseres badischen Grenzlandes zum Bewußtsein bringt. Wir brauchen um unsere Stellung im gesamten deutschen Vaterland nicht zu fürchten, denn in Landschaft, Schrifttum, Malerei und aller anderen Kultur sind uns Badener unverlierbare Werte gegeben. Das *Effhart-Jahrbuch* 1933 (Herausgegeben v. A. v. Landesvereins badische Heimat e. V., Freiburg i. Br., von Hermann Erich Busse im Verlag G. Braun, Karlsruhe) macht das wieder sehr deutlich. Wir möchten sehr wünschen, daß alle Badener im Inland wie im Ausland die Gaben dieses Jahrbuchs schätzen lernen.

Was bringt der *Effhart* 1933? Im Kalendarium findet man die Lebensdaten berühmter badischer Persönlichkeiten. Franz Schneller begrüßt das „Land am Oberrhein“. F. Mübiger lobt die „Heimat am Neckar und Rhein“. Den bekannten Maler und Graphiker Hans Weid (Pforzheim-Berlin) lernen wir durch die Studie von Dr. P. J. Schmidt als echten Künstler kennen. Des Heimatmalers Hans Schroeder Schaffen wird von Prof. Dr. H. Schwarzweber geschildert. Dem Musiker Klose, einem geborenen Karlsruher, widmet Dr. W. Bentner eine ausführliche Betrachtung. Otto Ernst Sutner erzählt von den neuen Kanderener Töpfereien. Unberühmtes von Götts und Scheffel führt in die badische Literaturgeschichte ein. S. Franke weist auf den vergessenen Dichterdichter Schafheitlin hin. Otto Gmelin, der Dichter alemannischen Geblüts, wird von Hermann Erich Busse gewürdigt. Friedrich Franz von Anstus neuert aus seinem Sonettensyklus „Das Münster“ bei. Von Kunzmann und Singer erscheinen Gedichte. Badische Sagen und Anekdoten sind unerlässlich, das zeigen die Beiträge von Werner, Fink, Stadt, Herbst, Jörgen, Karillon, Körber, Kopp, Mattheser, Meidel, Scheer, Zentner, mit lustigen Zeichnungen von Jenta Ziegler. Eine literarische Jahreschau und die Chroniken der Kirchen und der Jugend beschließen das Jahrbuch, dessen Beiträge noch durch zahlreiche Bilder ergänzt werden.

Badischer Kalender 1933 — 17. Jahrgang. Herausgegeben vom Badischen Verkehrsverband, Karlsruhe. (Verlag Central-eisenbahnbuchhandlung Carl Schmitt, Heidelberg. Preis 2,25 M.) — Mit dem neuen Jahre beginnt der Badische Kalender seinen 17. Jahrgang. In den 16 Jahren seines Bestehens konnte sich dieses geschmackvolle Bildwerk einen großen Kreis von treuen Verehrern erwerben die sich aus allen Volksteilen zusammenschließen; Freunde und Kenner schöner badischer Heimat im Lande selbst und Söhne der Heimat in der Fremde, badische Landsleute in allen deutschen Gauen und jenseits der Grenzen des deutschen Vaterlandes, vor allem auch die Mitglieder der Badenervereine sind mit Tausenden anderen, die das Badnerland schätzen und lieben gelernt haben, die treuen Verehrer des Badischen Kalenders. Diese Tatsache stimmt nicht wunder, wenn man die wiederum vorliegende Neuauflage des Kalenders aufmerksam und mit kritischem Auge betrachtet. Der Badische Kalender wird sicherlich in dieser Ausgabe wiederum neue Freunde für sich und damit für das ganze schöne Land am deutschen Oberrhein gewinnen. — Der Kalender ist von allen Buchhandlungen zu beziehen.

Literarische Neuererscheinungen

Freitag's Weltatlas. Die Erde wird kleiner! Wie? Nun, ja wörtlich ist es nicht zu nehmen, aber tatsächlich sind viele bewohnte Gegenden schon so überbevölkert, daß ein Mehr unmöglich ist, ja, daß die z. B. dort befindlichen Menschen nicht mehr existieren können. Daher auch ein großer Teil der heutigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, daher auch das schon seit jeher bestandene Bemühen verschiedener Staaten, Kolonien zu erwerben, in denen der Überfluß der Bevölkerung untergebracht werden kann, um sich selbst Existenzmöglichkeiten zu schaffen und dem Mutterlande durch erleichterten und verbilligten Bezug von Rohstoffen zu dienen. Aber die bestehenden Kolonien und Gebiete, die für Kolonisierung eventuell noch in Betracht kommen können, gibt Freitag's Weltatlas 1932 (12 Hefen, Verlag Freitag & Berndt, Wien VII) Aufschluß. Auf 260 schön und deutlich gearbeiteten Karten sind alle Teile der Erde dargestellt, Europa wie Übersee erscheint gut verständlich. Ein Namensverzeichnis mit ca. 50.000 Stichworten und Hinweis auf Karte und Feld erleichtert das Auffinden der Orte, Berge, Flüsse usw. Aber Ausführung und Ausstattung des elegant gebundenen Wertes können wir uns nur in lobendster Weise ausdrücken. Freitag's Weltatlas zeichnet sich durch besondere Schönheit, Genauigkeit, Reichhaltigkeit und niedrigen Preis aus.

Paul Bekker: Briefe an zeitgenössische Musiker (Strauß, Furtwängler, Hindemith, Schreier, Schnabel, Weill, Fikner, Fietjen Krenek usw.). (215 Seiten, geb. Reinen 3,30 M. Max Kessels Verlag, Berlin-Schöneberg.) — Der Brief, das Mittel privaten Gedankenaustausches von Mensch zu Mensch,

wird zur Form einer kritischen Auseinandersetzung, die auf diese Weise jede Lehrhaftigkeit verliert und als unmittelbare persönliche Aussprache erscheint. Die Adressaten sind die namhaftesten Vertreter nicht nur der Schaffenden, sondern auch der ausübenden und organisatorisch tätigen Musiker. Zustimmung, zweifelnd, widerlegend werden alle aktuellen Fragen geprüft, wobei sich entsprechend der Verschiedenheit der angesprochenen Persönlichkeiten auch ein ständiger Wechsel im Temperament und Ton der Briefhaltung einstellt. Hinter jeder Einzelpersönlichkeit aber erscheint der gesamte Tätigkeitskreis, dem sie zugehört, und die Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Repräsentanten wird unmerklich zur Auseinandersetzung mit den großen allgemeinen Grundproblemen der Oper, des Konzerts, des Theaters, der Stellung des ausübenden Künstlers, der Beziehung zwischen Kunst und Wirtschaft.

Musiklexikon von Prof. Dr. Hans Joachim Moser. Lieferung 1, 64 Seiten, Preis der Lieferung 1 M. Das Werk wird in 15 Lieferungen komplett. (Max Kessels Verlag, Berlin-Schöneberg.) — Die erste von den 15 Lieferungen des mit allgemeiner Spannung erwarteten „Musiklexikons“ von Hans Joachim Moser ist erschienen. Da dem bekannten Verfasser der „Deutschen Musikgeschichte“ und des „Hofhaimers“ nur etwa ein Drittel an Raum der letzten Riemann-Ausgabe von A. Einstein zur Verfügung stand, mußte er sichtlich auf manchen kleineren Namen verzichten. Trotzdem ist die Reichhaltigkeit des Inhalts erstaunlich; man hat in den Aufsätzen über Bach und Beethoven alles irgend Wissenswerte beisammen, die Vorträge der Großmeister sind mit Wärme und persönlicher Profilierung entwickelt; Artikel wie „Aufsatz“ und „Artikulation“, „Anschlag“ und „Ausprache“, „Antiphon“ und „Ambrosian-“

scher Lobgesang“ zeigen den Verfasser auf den verschiedensten Gebieten der Musikpädagogik, Musikgeschichte und Musiktheorie völlig zuhause, er liefert überall Neues und Eigenes. Schlagworte wie „amerikanische Musik“ (wo man sogar das gesamte Schrifttum über Indianermusik findet) oder „Arabische Musik“ sind bis in die allerneueste Literatur hinein vervollständigt und systematisch feinstens durchgegliedert. So verspricht das große Werk wirklich ein unentbehrliches und zuverlässiger Führer auf allen Teilgebieten der Musik zu werden.

Dr. Max Abel: Einführung in die Philosophie. (Neclams Universal-Bibliothek Nr. 7187—89. Geb. 1,05 M., in Ganzleinen 1,45 M.) — Diese Einführung will nach einem Worte Kant's nicht Philosophie, sondern philosophieren lehren, indem die Grundgedanken der Welt- und Lebensanschauungen an den großen Gestalten der Philosophie lebendig zur Anschauung gebracht werden. So durchwandert der Leser die philosophische Gedankenwelt von der Zeit der alten Griechen bis zur Gegenwart und schärft seinen Blick für das Wesentliche der philosophischen Probleme. Dabei ist allzu große Kürze vermieden worden und das Wichtigste klar und ausführlich entwickelt, so z. B. die Lehre Kant's auf 58 Seiten. Das Werk mündet sich an alle, die Klarheit für ihr Denken und Leben erstreben, und sucht durch besonders einfache und dabei doch gründliche Darstellung Verständnis in weiteren Kreisen zu finden.

Der goldene Weihnachtskranz des Eugen Salzer Verlags, Heilbronn a. N., besteht diesmal „... und uns des Lichtes Kinder macht“. Das reichhaltige Bändchen kostet nur 80 Pf. und ist ein kleines, wertvolles und billiges Geschenk auf Weihnachten.

Drud. G. Braun, Karlsruhe